

Gedächtnisniederschrift über die Besprechung mit
Bundeskanzler R a a b am 13. ds. 10-10,30 Uhr.

Raab macht folgende Vorschläge:

Kreisky soll Finanzplan für 1959/60 am Dienstag vorlegen.

Dann muss eine Besprechung mit Bock, Thoma und Waldbrunner stattfinden, denen Kamitz über das Budget hinausgehende Zusagen gemacht habe und für die bereits Bestellungen erfolgt sind.

Er benötigt unbedingt einen koalitionsfreien Raum im Parlament und meint, dass man ihn nach sechs Monaten ergebnisloser Verhandlungen beschreiten sollte. Er verweist dabei auf das Beispiel Delegation zur Donau-Konvention, worüber in der Regierung keine Einigung zu erzielen war.

Ich schlage vor, zumindestens jene Gebiete daraus auszunehmen, die auch dem Notverordnungsrecht des Bundespräsidenten, gem. Art. 18 BVG entzogen sind.

Er ist darüber nicht im Bild, meint jedoch, dass Einschränkungen insbesondere im finanziellen Sektor durchaus denkbar sind.

Konkordat und konfessionelle Schule,

Gewerbesteuer und Umsatzsteuerregelung;

dazu soll Kreisky Vorschläge erstatten.

Bezüglich Volksaktien würden sie unseren Vorschlag, die Grundstoffindustrie in einer noch zu bestimmenden Höhe des Aktienkapitals - Aktien-Emissionen - er meint 30 Prozent Freigabe für ~~aktien-Emissionen~~ durch eine Verfassungsbestimmung dauernd zu sichern, zustimmen.

Er urgiert neuerlich den Vizepräsidenten des Rechnungshofes und zwar in der Person Marschall's.

Ich mache ihm dazu den Vorschlag, durch eine Verfassungsänderung auch den Vizepräsidenten vom Nationalrat bestellen zu lassen.

wobei er dann als Funktionär von seinem Dienstplatz enthoben würde, ähnlich den Abgeordneten. (Ich denke dabei die Zustimmung zur Wiederherstellung des Rechtszustandes, bezügl. des Verfassungsgerichtshofes zu erreichen, wodurch auch Rechtsanwälte als Vizepräsidenten gewählt werden könnten.)

Raab kann darauf nicht antworten, sagt aber neuerlich sie müssten Marschall absichern, weil sonst niemand mehr reden würde.

Er verlangt ferner den Familienbeirat für das BKA, worüber er mit Helmer bereits gesprochen haben will.

Ferner soll im Fernsehen der parteipolitische Zug zu ~~unseren~~ ^{ihren} Gunsten gemildert werden. Es wurde ihm berichtet, dass Qualtinger in der letzten Fernsehsendung seinen, Raab's Gang karriert haben. Er selbst habe die Sendung nicht gesehen.

Auf ~~die~~ Frage, was mit der IBV geschehen soll, erkläre ich, dass es unsere Meinung wäre, dass jede der beiden Parteien in einem Teil der verstaatlichten Wirtschaft den Vorsitz führe. Da dies nun im Finanzministerium durch unseren Minister geschieht, werde ich mich bemühen zu erreichen, dass ~~an~~ der derzeitigen Gestaltung der IBV keine Änderung eintritt. Darüber zeigt sich Raab sichtlich befriedigt und erklärt auch gegen eine Ergänzung des Vorstandes auf vier keinen Einwand zu erheben.

Ich habe allerdings nicht darauf aufmerksam gemacht, dass wir durch die Umbesetzung im Finanzministerium nunmehr die Mehrheit im Aufsichtsrat haben.

Schliesslich fragt er ob wir wieder bereit wären in den Aero-Klub einzutreten und dort die Flugsportschulung wieder gemeinsam führen würden, wenn Polcar von ihnen abgezogen wird. ?

Seine Vorschläge:

Er erklärt mit aller Entschiedenheit, dass ich den Vorsitz in der Paritätischen Kommission übernehmen müsse. Er sei dazu einfach physisch nicht mehr in der Lage.

Meinen Hinweis, dass er ja dort als Exponent der Produzenten gelte und auf diese Einfluss habe, lehnt er immer mit Berufung auf die körperliche Leistungsfähigkeit ab.

Er trägt ferner die Verwaltung der Sektion II an und stimmt ausdrücklich zu, dass ich mir dazu die nötigen Beamten nehmen kann. Womöglich allerdings aus dem Ressort oder aus anderen Ressorts. Auch eine Erweiterung des Sekretariates, insbesondere ^{Zuziehung} eines weiteren Sekretärs, erscheint ihm gerechtfertigt. Er gibt ferner seine Zustimmung, dass Löbenstein in den Angelegenheiten der Verwaltungsreform mit mir zusammenarbeitet und dass wir der Regierung einen Plan zur Diskussion vorlegen sollen.

Über den Ausgang der Bundesparteileitungssitzung zeigt er sich unsicher. Er werde eine schriftliche Abstimmung verlangen und falls das Ergebnis gegen ihn ist, seinen Auftrag zurücklegen.

Gesprächsweise versucht er mir den Verzicht auf Staatssekretäre nahezu legen, was ich ablehne.

Schliesslich meint er, dass^{er} äusserstenfalls auf die Umwandlung der beiden Ministerien für Landesverteidigung und Justiz in neutral geführte Ministerien verzichten würde. Es wäre ihm jedoch recht, wenn wir etwas mehr diesen Gedanken unterstützen würden. Ich mache ihn auf unsere Einwände gegen Graf nochmals aufmerksam und sage ihm voraus, dass bei einer Fortsetzung der Ministeriumführung durch Graf oder wenn seine Betrauung durch die ÖVP nicht

zu vermeiden wäre, eine strenge Kontrolle seiner Tätigkeit einsetzen müsse. Sonst würde Graf die ernsteste Belastung der Zusammenarbeit sein.

(Pittermann e.h)

Wien, am 13. Juni 1959.

(We)